

## Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis.....	X
Literatur- und Materialienverzeichnis.....	XIX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXI
<b>Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>Teil A</b>	
Vereinheitlichung und Kodifikation des Privatrechts als Beitrag zur Lösung der sozialen Frage in der Landwirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.....	5
<b>Teil B</b>	
Die Entstehung der Privatrechtskodifikation und die bäuerlichen Forderungen .....	49
<b>Teil C</b>	
Das bäuerliche Bodenrecht in der Kodifikation.....	243
<b>Anhang.....</b>	<b>293</b>

## Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung .....</b>	<b>.1</b>
-------------------------	-----------

### Teil A

<b>Vereinheitlichung und Kodifikation des Privatrechts als Beitrag zur Lösung der sozialen Frage in der Landwirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts .....</b>	<b>5</b>
---	----------

<b>I. Landwirtschaft und industrielle Revolution .....</b>	<b>6</b>
--	----------

I.1. Geschichte einer Symbiose? .....	6
I.2. Agrarrevolution und industrielle Revolution .....	7
I.3. Die Entwicklung der bäuerlichen Bevölkerung .....	9
I.4. Die Krisen der sechziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts .....	10
I.5. Das Verschuldungsproblem als Ausdruck der sozialen Frage in der Landwirtschaft.....	12

<b>II. Landwirtschaft und Rechtsvereinheitlichung.....</b>	<b>16</b>
--	-----------

II.1. Die Einstellung der Bauern zur Rechtsvereinheitlichung .....	16
II.1.1. Keine einheitliche Stellungnahme von bäuerlicher Seite.....	16
II.1.2. Die bäuerlichen Kantone in den Verfassungsabstim- mungen betreffend die Einführung der Rechtseinheit von 1872, 1874 und 1898.....	16
II.1.3. Die positive Einstellung des Schweizerischen Bauernverbandes zur Rechtsvereinheitlichung .....	19
II.2. Bäuerliche Gesichtspunkte bei der Bundesverfassungsrevision von 1898.....	19
II.3. Das einheitliche bäuerliche Bodenrecht als eigentliches Thema: Die Vereinheitlichung des Grundpfandrechts und des Erbrechts.....	23

<b>III. Rechtsvereinheitlichung als Rechtserneuerung.....</b>	<b>26</b>
---	-----------

III.1. Die materielle Rechtsreform als Ziel der Rechtsvereinheitlichung .....	26
III.2. Eugen Huber: Keine Rechtsvereinheitlichung ohne Rechtsreform im Erbrecht - Keine Rechtsreform	

ohne Rechtsvereinheitlichung im Grundpfandrecht .....	28
III.3. Die Aufhebung der kantonalen Privatrechte als Folge der Rechtseinheit: Ein Verlust für die Bauern? .....	31
III.3.1. Bäuerliches Bodenrecht im kantonalen Privatrecht .....	31
III.3.2. Ersatzinstitute im einheitlichen Bundesprivatrecht? .....	33
III.4. Der Bund vereinheitlicht anders als die Kantone: Ein Vorteil für die Bauern? .....	34
III.4.1. Die Gegenüberstellung von kantonalem und einheitlichem Privatrecht .....	34
III.4.2. Das bäuerliche Bodenrecht als Teil einer "differenzierenden" Rechtsvereinheitlichung .....	35
<b>IV. Rechtsvereinheitlichung durch Kodifikation .....</b>	<b>38</b>
IV.1. Die Kodifikation als eine besondere Modalität der Rechtsvereinheitlichung .....	38
IV.2. Ein äusserer Anlass: Die Verfassungsrevision von 1898 und die Entwürfe zum ZGB von 1893, 1895, 1896 und 1898 .....	40
IV.3. Eine innere Notwendigkeit: Rechtserneuerung durch Kodifikation .....	41
IV.3.1. Die notwendige Rechtserneuerung in dreifacher Hinsicht durch die Kodifikation .....	41
IV.3.2. Die Kodifikation als autonomes Privatrecht .....	42
IV.3.3. Die Kodifikation als das rechtspolitische Programm der Rechtsvereinheitlichung .....	44
IV.4. Die Reform des bäuerlichen Bodenrechts durch die bürgerliche Kodifikation .....	44
IV.4.1. Differenzierung durch Verfreiheitlichung .....	44
IV.4.2. Die Realisierung des Programms der Kodifikation zuerst auf kantonaler, dann auf Bundesebene .....	46
<b>Teil B</b>	
<b>Die Entstehung der Privatrechtskodifikation und die bäuerlichen Forderungen .....</b>	<b>49</b>
<b>I. Die Kodifikationsarbeiten .....</b>	<b>50</b>
I.1. Das ZGB von 1907 .....	50
I.1.1. Das Memorial Eugen Hubers von 1893 .....	50
I.1.2. Die drei Teilentwürfe von 1893/95/98 .....	52
I.1.3. Der Vorentwurf von 1900 .....	52

I.1.4.	Die Verhandlungen der Expertenkommission von 1901 bis 1903, der Vorentwurf von 1903 und die Botschaft von 1904 .....	53
I.1.5.	Die parlamentarischen Beratungen von 1904 bis 1907 .....	54
I.2.	Die Revision des OR von 1911 .....	54
I.2.1.	Das Memorial Eugen Hubers von 1893 .....	54
I.2.2.	Der Entwurf von 1903, die Verhandlungen der Langenthaler-Kommission von 1904 und die Botschaft von 1905 .....	55
I.2.3.	Die parlamentarischen Beratungen von 1906 bis 1907 .....	57
I.2.4.	Die Verhandlungen der Expertenkommission von 1908 bis 1909 und der Bericht (Nachtragsbotschaft) von 1909 .....	57
I.2.5.	Die parlamentarischen Beratungen von 1909 bis 1911 .....	58
<b>II.</b>	<b>Die Beteiligung der bäuerlichen Vertreter am Gesetzgebungsverfahren und die Schwerpunkte ihrer Forderungen .....</b>	<b>60</b>
II.1.	Der Schweizerische Bauernverband .....	60
II.2.	Die Eingaben des Bauernverbandes zum ZGB und zur Revision des OR .....	64
II.2.1.	Die bäuerlichen Postulate als Verbandsinteressen .....	64
II.2.2.	Die Eingabe von 1899 zum Grundpfandrecht .....	65
II.2.3.	Die Delegiertenversammlung des Bauernverbandes von 1901 .....	66
II.2.4.	Das Gutachten des Bauernsekretariates .....	70
II.2.4.1.	Das Gutachten zum Personen-, Familien- und Erbrecht von 1901 (1. Teil) .....	72
II.2.4.2.	Das Gutachten zum Sachenrecht von 1902 und 1903 (2. und 3. Teil) .....	73
II.2.4.3.	Das Gutachten zur Revision des OR von 1905 (4. Teil) .....	74
II.2.5.	Die Anträge der Spezialkommissionen des Bauernverbandes .....	75
II.2.6.	Die Eingaben von 1904 und 1907 zum ZGB .....	78
II.2.7.	Weitere Stellungnahmen zum ZGB .....	83
II.2.8.	Die Eingaben von 1908, 1909 und 1910 zur Revision des OR .....	85
II.2.9.	Keine abschliessende Stellungnahme des Bauernverbandes .....	90
II.3.	Die Beteiligung des Bauernverbandes am Gesetzgebungsverfahren .....	91

II.4.	Das bäuerliche Bodenrecht als Schwerpunkt der Anträge des Bauernverbandes: bäuerliches Erbrecht, Grundpfandrecht und Sperrfrist im landwirtschaftlichen Grundstückkauf.....	96
<b>III. Das bäuerliche Erbrecht .....</b>		<b>98</b>
III.1.	Das bäuerliche Erbrecht im zweiten Teilentwurf von 1895 .....	98
III.2.	Das bäuerliche Erbrecht im Vorentwurf von 1900 .....	104
III.3.	Das Gutachten des Bauernsekretariates und die Anträge der Spezialkommission des Bauernverbandes zum bäuerlichen Erbrecht.....	107
III.3.1.	Das Gutachten.....	107
III.3.2.	Die Anträge.....	113
III.4.	Die Anträge zum bäuerlichen Erbrecht in den Verhandlungen der Expertenkommission und deren Berücksichtigung im Vorentwurf von 1903 bzw. in der Botschaft von 1904 .....	114
III.4.1.	Das bäuerliche Erbrecht im Vorentwurf von 1903 bzw. in der Botschaft von 1904.....	114
III.4.2.	Die Verhandlungen der Expertenkommission.....	117
III.4.2.1.	Der allgemeine Vorbehalt zugunsten des bäuerlichen Erbrechts (Art. 484 Abs. 2 VE 1900).....	117
III.4.2.2.	Die erweiterte Verfügungsfreiheit des Erblassers (Art. 495 Abs. 1 VE 1900).....	119
III.4.2.3.	Die Anträge Laur und Isler zum bäuerlichen Erbrecht.....	121
III.4.2.4.	Das erbrechtliche Zerstückelungsverbot (Art. 629 VE 1900) .....	123
III.4.2.5.	Der Ausschluss der Teilung (Art. 630 VE 1900) .....	126
III.4.2.5.1.	Das Ertragswertprinzip.....	126
III.4.2.5.2.	Die Integralzuweisung .....	131
III.4.2.6.	Die Ertragsgemeinderschaft (Art. 631 und 632 VE 1900) .....	132
III.5.	Die Anträge und weiteren Eingaben zum bäuerlichen Erbrecht in den parlamentarischen Beratungen und deren Berücksichtigung im ZGB von 1907.....	135
III.5.1.	Das bäuerliche Erbrecht im ZGB von 1907.....	135
III.5.2.	Die Eingaben von 1904 und 1907 zum bäuerlichen Erbrecht.....	137
III.5.3.	Die parlamentarischen Beratungen zum bäuerlichen Erbrecht.....	140
III.5.3.1.	Die Verhandlungen der nationalrätlichen Kommission.....	140

III.5.3.2.	Die Debatte im Nationalrat.....	143
III.5.3.3.	Die Verhandlungen der ständerätslichen Kommission.....	147
III.5.3.4.	Die Debatte im Ständerat.....	149
III.5.3.5.	Das Differenzbereinigungsverfahren.....	150
<b>IV. Das Grundpfandrecht</b> .....	<b>151</b>	
IV.1.	Das Grundpfandrecht im dritten Teilentwurf von 1898 .....	151
IV.2.	Die Eingabe von 1899 zum Grundpfandrecht .....	154
IV.2.1.	Das Gutachten Ruhland .....	154
IV.2.2.	Der Bericht der Spezialkommission.....	157
IV.3.	Das Grundpfandrecht im Vorentwurf von 1900.....	160
IV.4.	Das Gutachten des Bauernsekretariates und die Anträge der Spezialkommission des Bauernverbandes zum Grundpfandrecht .....	166
IV.4.1.	Das Gutachten.....	166
IV.4.2.	Die Anträge.....	173
IV.5.	Die Anträge zum Grundpfandrecht in den Verhandlungen der Expertenkommission und deren Berücksichtigung im Vorentwurf von 1903 bzw. in der Botschaft von 1904 .....	173
IV.5.1.	Das Grundpfandrecht im Vorentwurf von 1903 bzw. in der Botschaft von 1904 .....	173
IV.5.2.	Die Verhandlungen der Expertenkommission.....	176
IV.5.2.1.	Die Gült als eine der drei Grundpfandarten im einheitlichen Hypothekarrecht (Art. 787 VE 1900).....	176
IV.5.2.2.	Die Frage des Maximalzinsfusses (Art. 789 Abs. 2 VE 1900) .....	178
IV.5.2.3.	Die Grundpfandrechte bei Güterzusammenlegungen (Antrag Art. 791 a - d).....	181
IV.5.2.4.	Das Bodenverbesserungspfandrecht (Antrag Art. 810 <i>biis</i> ).....	182
IV.5.2.5.	Die Bescheinigung der Eintragung der Grundpfandverschreibung (Art. 814 Abs. 2 VE 1900).....	183
IV.5.2.6.	Belastungsgrenze und Beschränkung der Kündbarkeit beim Schuldbrief (Art. 827 VE 1900) .....	184
IV.5.2.7.	Belastungsgrenze, Schätzung und staatliche Haftung bei der Gült (Art. 830 und 831 VE 1900).....	186
IV.5.2.8.	Die Unkündbarkeit der Gült für den Gläubiger (Art. 832 VE 1900) .....	191

IV.6.	Die Anträge und weiteren Eingaben zum Grundpfandrecht in den parlamentarischen Beratungen und deren Berücksichtigung im ZGB von 1907 .....	193
IV.6.1.	Das Grundpfandrecht im ZGB von 1907.....	193
IV.6.2.	Die Eingaben von 1904 und 1907 zum Grundpfandrecht.....	196
IV.6.3.	Die parlamentarischen Beratungen zum Grundpfandrecht.....	200
IV.6.3.1.	Die Verhandlungen der nationalrätlichen Kommission.....	200
IV.6.3.2.	Die Debatte im Nationalrat .....	202
IV.6.3.3.	Die Verhandlungen der ständerätlichen Kommission.....	208
IV.6.3.4.	Die Debatte im Ständerat.....	210
IV.6.3.5.	Das Differenzbereinigungsverfahren .....	212
IV.6.4.	Die differenzierte Regelung der Belastungsgrenze für die drei Grundpfandarten .....	213
V.	<b>Die Sperrfrist im landwirtschaftlichen Grundstückkauf.....</b>	<b>216</b>
V.1.	Die Eingabe des Bauernverbandes von 1904 zum ZGB .....	216
V.2.	Der Departementalentwurf von 1903 zur Revision des OR .....	219
V.3.	Die Verhandlungen der Langenthaler-Kommission von 1904 und die Botschaft von 1905 zur Revision des OR .....	220
V.4.	Das Gutachten des Bauernsekretariates von 1905 zur Revision des OR .....	221
V.5.	Die Regelung der Sperrfrist im Schlusstitel des ZGB von 1907 .....	222
V.5.1.	Der kantonale Vorbehalt (Art. 58 [271 d] SchlIT ZGB).....	222
V.5.2.	Die Verhandlungen der nationalrätlichen Kommission.....	223
V.5.3.	Die Debatte im Nationalrat .....	224
V.5.4.	Die Verhandlungen der ständerätlichen Kommission.....	231
V.5.5.	Die Eingabe des Bauernverbandes von 1907 zum ZGB .....	232
V.5.6.	Die Debatte im Ständerat.....	232
V.5.7.	Das Differenzbereinigungsverfahren .....	233
V.6.	Die Vorschläge des Bauernverbandes von 1908 zur Revision des OR.....	235

V.7.	Die Verhandlungen der Expertenkommission von 1908/1909 und der Bericht (Nachtragsbotschaft) von 1909 zur Revision des OR .....	235
V.8.	Die Anträge des Bauernverbandes von 1909 zur Revision des OR .....	238
V.9.	Die Regelung der Sperrfrist im revidierten OR von 1911 .....	240
V.9.1.	Der kantonale Vorbehalt (Art. 218 OR).....	240
V.9.2.	Die Verhandlungen der nationalrätlichen Kommission und die Debatte im Nationalrat.....	240
V.9.3.	Die Verhandlungen der ständerätslichen Kommission und die Debatte im Ständerat .....	241

## Teil C

### Das bäuerliche Bodenrecht in der Kodifikation .....

243

I.	<b>Das bäuerliche Bodenrecht als Ausdruck der Berücksichtigung der bäuerlichen Postulate im ZGB von 1907 und im revidierten OR von 1911 .....</b>	<b>244</b>
I.1.	Der Begriff des bäuerlichen Bodenrechts .....	244
I.2.	Die weitgehende Berücksichtigung der Anträge des Bauernverbandes im ZGB von 1907 und im revidierten OR von 1911.....	246
I.2.1.	Erfolgreiche bäuerliche Interessenvertretung .....	246
I.2.2.	Das einheitliche bäuerliche Erbrecht (Art. 617 - 625 ZGB) .....	248
I.2.3.	Das einheitliche Grundpfandrecht mit der Gült als besonders für die Bauern geeignete Grundpfandart (Art. 793 - 883, v. a. Art. 847 - 853 ZGB) .....	248
I.2.4.	Die kantonalen Vorbehalte im bäuerlichen Bodenrecht .....	249
I.2.4.1.	Das Zerstückelungsverbot (Art. 616 und 702 ZGB).....	249
I.2.4.2.	Der Maximalzinsfuss (Art. 795 Abs. 2 ZGB) .....	250
I.2.4.3.	Die Belastungsgrenze (Art. 843 Abs. 2 ZGB und Art. 32 SchlT ZGB) .....	250
I.2.4.4.	Die Beschränkung der Kündbarkeit des Schuldbriefes (Art. 844 Abs. 2 ZGB) .....	251
I.2.4.5.	Die Sperrfrist im landwirtschaftlichen Grundstückkauf (Art. 218 OR) .....	251

I.3.	Eine soziale oder bauernfreundliche Kodifikation? .....	252
<b>II.</b>	<b>Die "kodifikationsimmanenten" Schranken des einheitlichen bäuerlichen Bodenrechts.....</b>	<b>255</b>
II.1.	Kein Beitrag zur Lösung der sozialen Frage in der Landwirtschaft.....	255
II.2.	Linderung der Schuldennot oder Linderung der Kreditnot? - Ein scheinbares Dilemma im Grundpfandrecht.....	256
II.3.	Die Gült als bäuerliche Grundpfandart - Macht der Tradition oder Tradition der Macht im schweizerischen Grundpfandrecht?.....	259
II.4.	Das bäuerliche Erbrecht - Ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Verschuldung? .....	262
II.5.	Die Grenzen der Rechtseinheit im bäuerlichen Bodenrecht - Die kantonalen Vorbehalte.....	267
II.6.	Der Vorrang der rechtspolitischen Grundsätze der Kodifikation .....	270
II.6.1.	Die freiheitlichen Kodifikationsprinzipien als Ursache der beschränkten Wirkung der Institute des bäuerlichen Bodenrechts .....	270
II.6.2.	Der Vorrang der Eigentumsfreiheit im Grundpfandrecht.....	274
II.6.3.	Der Vorrang der Vertragsfreiheit bei der Wahl der Grundpfandart der Gült .....	275
II.6.4.	Der Vorrang der Verfügungsfreiheit im bäuerlichen Erbrecht.....	276
II.6.5.	Der Vorrang des autonomen Privatrechts in den kantonalen Vorbehalten für das bäuerliche Bodenrecht .....	276
II.6.6.	Der Vorrang der sozialen Rechts-vereinheitlichung.....	278
II.6.6.1.	Kodifikation und Dekodifikation.....	278
II.6.6.2.	Kein soziales Privatrecht im Sinn eines bäuerlichen Sonderrechts .....	281
II.7.	Eine besondere Geschichte der Rechtsvereinheitlichung durch die Kodifikation - Die ideologische Funktion des bäuerlichen Bodenrechts .....	285

<b>Anhang .....</b>	<b>293</b>
<b>Anhang I.</b>	
<b>Anträge der verbandsinternen Spezialkommissionen des SBV zum ZGB (VE 1900) und OR (Botschaft 1905).....</b>	<b>294</b>
1. Personenrecht .....	294
2. Familienrecht.....	294
3. Erbrecht.....	295
4. Sachenrecht .....	297
5. Obligationenrecht.....	300
a) ausservertragliches Haftpflichtrecht.....	300
b) Viehwährschaft .....	301
c) Grundstückkauf.....	301
d) Versteigerung .....	302
e) Pacht.....	302
f) Dienstvertrag .....	303
6. Anträge Isler zum bäuerlichen Erbrecht in der Expertenkommission .....	304
<b>Anhang II.</b>	
<b>Anträge des SBV von 1904 zum ZGB (VE 1903).....</b>	<b>306</b>
<b>Anhang III.</b>	
<b>Anträge des SBV von 1909 zum OR (Bericht 1909) .....</b>	<b>308</b>
<b>Anhang IV.</b>	
<b>Anträge des SBV zum ZGB (Artikelübersicht).....</b>	<b>310</b>
<b>Anhang V.</b>	
<b>Anträge des SBV zum OR (Artikelübersicht).....</b>	<b>312</b>